



**Protokoll der 36. Sitzung des Gemeinderats Frauenfeld
vom Mittwoch, 14. Januar 2015, 18:00 Uhr im Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber

Namensaufruf: 38 anwesende Mitglieder

Entschuldigt: Gemeinderäte Lukas Hefti, Fredi Marty,
Stadtammann Carlo Parolari, Stadträtin Elsbeth Aepli Stettler

Mitanwesend: 3 Stadtratsmitglieder

Gemeinderatssekretärin: Heidi Arnold

- - -

Traktanden

- 190 Mitteilungen
- 191 Protokoll der Sitzung vom 12. November 2014
- 192 Motion betreffend "Konzept für eine Einbahn-Verkehrsführung in der Frauenfelder Innenstadt" von den Gemeinderäten Stefan Geiges, Michael Hodel und Andreas Elliker
Beratung, Beschlussfassung über Erheblichkeit
- 193 Botschaft Redaktionelle Anpassungen des Geschäftsreglements für den Gemeinderat infolge Anpassung der Behörden- und Verwaltungsorganisation per 1. Januar 2015
Eintreten, materielle Beratung, Gesamtabstimmung
- 194 Botschaft Gewährung eines Nettokredits von 1,1 Mio. Franken für die Nutzung der Abwärme der Kunsteisbahn
Eintreten, materielle Beratung, Gesamtabstimmung

- - -

Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber: Sehr geehrte Frau Vize-Stadtammann, sehr geehrte Herren Stadträte, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, geschätzte Besucher auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter, ich begrüße Sie ganz herzlich zu unserer heutigen Gemeinderatssitzung und hoffe sehr, dass Sie gut ins neue Jahr gerutscht sind und das Jahr erfolgreich beginnen konnten. Ich möchte darauf hinweisen, dass das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind.

Mein heutiger Leitspruch ist von einem unbekanntem Verfasser: „Vier Dinge sind es, die nicht zurückkommen: das gesprochene Wort, der abgeschossene Pfeil, das vergangene Leben und die versäumte Gelegenheit“

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der **Ratspräsident** fest, dass 38 Ratsmitglieder anwesend sind. Somit ist der Rat gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 20.

Die Traktandenliste wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Gemeindeordnung Art. 26 Abs. 2 zugestellt. Seitens des Rats liegen keine Einwände zur Traktandenliste vor. Somit gilt die heutige Tagesordnung als stillschweigend genehmigt.

190

MITTEILUNGEN

1. Nach der Gemeinderatssitzung vom Mittwoch, 20. Mai 2015 findet der Abschluss der Amtsperiode 2011/2015 mit einem Apéro riche hier im Rathaus statt.
2. Der Stadtrat hat die Motion „Übertragung von öffentlichen Aufgaben an Dritte“ der Gemeinderäte Peter Hausammann und Stefan Geiges vom 20. August 2014 am 6. Januar 2015 beantwortet.
3. Der Stadtrat hat die Motion „Bericht zur Wärme Frauenfeld AG“ der Gemeinderäte Stefan Geiges und Peter Hausammann vom 20. August 2014 am 6. Januar 2015 beantwortet.
4. Der Stadtrat hat Ihnen am 8. Januar 2015 das Kulturkonzept der Stadt Frauenfeld zugestellt. Dieses Konzept wird an der Gemeinderatssitzung vom 18. Februar 2015 zur Kenntnisnahme vorgelegt.
5. Gemeinderat Peter Hausammann hat heute die einfache Anfrage „Landverkäufe der Stadt aus dem Landkreditkonto“ eingereicht. Diese wird dem Stadtrat zur Beantwortung übergeben.

191

PROTOKOLL DER SITZUNG VOM 12. NOVEMBER 2014

Der Ratspräsident: Bis zum heutigen Zeitpunkt sind keine Korrekturen beim Ratsbüro eingegangen. Da das Wort zum Sitzungsprotokoll vom 12. November 2014 nicht gewünscht wird, gilt das Protokoll als stillschweigend genehmigt.

MOTION BETREFFEND "KONZEPT FÜR EINE EINBAHN-VERKEHRSFÜHRUNG IN DER FRAUENFELDER INNENSTADT" VON DEN GEMEINDERÄTEN STEFAN GEIGES, MICHAEL HODEL UND ANDREAS ELLIKER

Der Gemeinderatspräsident: Die schriftliche Beantwortung dieser Motion durch den Stadtrat erfolgte mit Beschluss Nr. 366 vom 16. Dezember 2014. Bei diesem Geschäft wird nun unser Rat die Erheblichkeit der Motion beraten und anschliessend abstimmen.

Gemeinderat Stefan Geiges, Referent im Namen der Motionäre: Ich danke dem Stadtrat für die Beantwortung unserer Motion. Ich danke ihm besonders, dass er dem Gemeinderat beantragt, diese Motion erheblich zu erklären. Dies wohlverstanden nach sieben Jahren. Ich bedanke mich bei Ihnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, für die Unterstützung der Motion mit Ihrer Unterschrift und auch mit der Erheblichkeitserklärung heute. Ich hoffe, dass wir durchkommen. Bedanken möchte ich mich auch bei meiner Fraktion. Sie hat das Wort Einbahn sehr oft gehört und mein Anliegen unterstützt. Und allen anderen wünsche ich selbstverständlich weiterhin unfallfreies Fahren im Gegenverkehr.

Zur Beantwortung des Stadtrats habe ich drei Bemerkungen:

1. Seite 5 der Beantwortung durch den Stadtrat: Bei der Auflistung der Sachen, die gelaufen sind, steht unten ein Satz, wie die Variante 1c gerechnet wurde. Hierzu habe ich eine Bemerkung: Es ist mir wichtig, hier anzufügen, dass die vorgelegten Unterlagen, die Sie bekommen haben, nicht das Endergebnis der damaligen Abklärungen sind. Nach meinem Einwand in der Spezialkommission wurde die Einbahnvariante noch einmal neu gerechnet. Neu wurde der Verkehr via Altweg gelenkt anstelle via Rheinstrasse gelenkt. Dies hatte zur Folge, dass die Belastung des Rathausplatzes sich massiv senkte. Ich hoffe, wir sehen die entsprechenden Berechnungen.
2. Für mich gibt es zwei ganz wichtige Elemente im Einbahnverkehr, um ein Funktionieren zu garantieren. Erstens eine konsequente Umsetzung von insbesondere Ausspurstrecken und Einspurstrecken mit einem Reissverschlussystem und zweitens eine gedrosselte Geschwindigkeit, damit schnelles Fahren nicht möglich ist, weil dieses ein solches System zum Erliegen bringen würde.
3. Die politische Beurteilung darf in diesem Geschäft nicht nur durch den Stadtrat erfolgen, sondern der Gemeinderat ist einzubinden. Denn dies war das einzige Unschöne an der Interpellation Lindenspitz, denn ich behauptete, ein Grossteil des Gemeinderats hätte eine andere Beurteilung vorgenommen als der Stadtrat.

Neben diesen Bemerkungen soll noch Platz für eine Gesamtsicht sein. Wie die Gemeinderäte Michael Hodel, Andreas Elliker und ich in unserer Motion schrieben, wollen wir nicht nur den Kostenaufwand. Wir verlangen also nicht, dass von heute auf morgen ein Einbahnsystem gebaut werden muss. Was wir aber wünschen, ist, dass ein Einbahnsystem vertieft geprüft wird. Hierfür ist der Zeitpunkt günstig. Dies sagt auch der Stadtrat, der in seiner Antwort schreibt, dass sich die Ausgangslage verändert hat. Ich zitiere: „... nicht mit einer baldigen Umsetzung der weiträumigen Stadtentlastung gerechnet werden kann“. Nach der Meinung des Stadtrats macht es

also Sinn, nach anderen Lösungen zu suchen. Nach Lösungen, die man kurzfristig umsetzen kann.

Ich bitte Sie, die Motion erheblich zu erklären, damit Sie die Tür öffnen für Fakten und Erkenntnisse. Dies schafft gute Grundlagen für künftige Diskussionen und künftige Beschlüsse. Wenn Sie diese Motion erheblich erklären, sagen Sie jetzt nicht Ja zum Einbahnsystem, sondern nur Ja zu einer Prüfung, und dies soll es Ihnen wert sein. Die vertiefte Prüfung wird den Horizont erweitern, sie wird die Problemfelder aufzeigen und Lösungen anbieten. Soll der Stadtkern verkehrsfrei werden? Kann die Ringstrasse aus dem Einbahnverkehr herausgenommen werden? Kann man solche Lösungen auch für übergeordnete Stadtentwicklungen brauchen? Ich bitte den Stadtrat, für die vertiefte Analyse Externe zu beauftragen, die mit dem Einbahnsystem Erfahrungen haben und wissen, was funktioniert und was nicht funktioniert. Fachleute, die ans System Einbahnverkehr glauben und nicht schon von allem Anfang an gegen dieses System sind. Wir wissen alle, dass es auf komplizierte Fragen keine einfachen Antworten gibt. Wir wissen aber auch, dass es auf einfache Fragen keine komplizierten Antworten braucht. Daher bitten wir den Stadtrat, diese Aufgabe offen und optimistisch und ohne Vorurteile anzupacken. Ich danke Ihnen zusammen mit meinen Kollegen Elliker und Hodel, wenn Sie diese Motion erheblich erklären.

Gemeinderat Michael Hodel, Referent der Fraktion CVP/EVP: Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung der Motion und nehmen erleichtert zur Kenntnis, dass offensichtlich auch der Stadtrat den dringenden und nicht länger aufschiebbaren Handlungsbedarf erkannt hat. Wer sich in grösseren und kleineren Städten Italiens, Frankreichs und auch Deutschlands aufhält, kommt nicht am Einbahnring vorbei. Gerade auch von Touristen stark frequentierte Städte mit flankierenden Fussgängern und Velos setzen erfolgreich auf Einbahnringe. Ortsunkundige finden sich offensichtlich genauso zurecht wie Ansässige. Bereits vor 42 Jahren wurde in der deutschen Stadt Wülfrath in Nordrhein-Westfalen ein Einbahnring eingeführt. Die Stadt mit 21'000 Einwohnern hatte zuvor mit identischen Problemen zu kämpfen, wie wir es tun. Die örtliche Zeitung hat anlässlich einer Evaluation zum vierzigjährigen Jubiläum dieser Lösung Folgendes geschrieben: „Verkehrschao in der Wülfrather Innenstadt? Fehlanzeige. Es läuft alles in geordneten Bahnen. Zumindest, was den Verkehr auf dem Einbahnring betrifft. Das war längst nicht immer so.“ Wovon dort die Bevölkerung seit Jahren profitiert, das ist es, was wir uns für Frauenfeld wünschen und wofür sich unsere Fraktion stets eingesetzt hat, einen flüssigen Verkehr durch die Stadt und verbesserte Bedingungen für den Langsamverkehr. Es wird seit Jahrzehnten diskutiert und evaluiert, es wurden Richtpläne erstellt und Studien in Auftrag gegeben. Ergebnis: Stapelweise Papier und noch exakt die gleichen Verhältnisse auf unseren Strassen mit dem Unterschied, dass der Verkehr zugenommen hat und weiter zunehmen wird. Offensichtlich für eine Mehrheit der Frauenfelderinnen und Frauenfelder ein nicht mehr tragbarer Zustand. Wer dies nicht einsieht, soll einmal mit dem Velo und Kindern im Primarschulalter durch die Vorstadt oder auf der Ring- oder der Bahnhofstrasse fahren, während sich in beiden Richtungen motorisierter Verkehr kreuzt. Eltern mit normalen Sicherheitsbedürfnissen werden diesen Versuch nicht wiederholen, sondern beim nächsten Mal das Auto nehmen oder auf dem Trottoir fahren. Die Fraktion CVP/EVP setzt sich seit Jahren für den Einbahnring ein. Gemeinderat Stefan Geiges und auch mein Vorgänger Altgemeinderat Roland Wyss sind Zugpferde in dieser Hinsicht und unsere Fraktion war stets Befürworterin eines Einbahnversuchs auf dem bestehenden Strassennetz. Unsere Fraktion ist deshalb selbstverständlich einstimmig dafür, die Motion erheblich zu erklären. Folgende Punkte möchten wir bei einer Umsetzung der Motion noch anbringen – wir gehen davon aus, dass sie für erheblich erklärt wird:

1. Wir fordern, dass mit der vertieften Studie ein Verkehrsplaner betraut wird, welcher sich mit Einbahnlösungen auskennt und solche auch schon umgesetzt hat. Es muss ein Büro sein, welches einer Einbahnlösung Chancen einräumt.
2. Es ist uns wichtig, dass die vom Planungsbüro erarbeiteten Daten sauber aufbereitet werden und ein Arbeitspapier erstellt wird, bevor der Stadtrat die Argumente politisch gewichtet präsentiert.
3. Die Motionäre und die GPKs sollen als weitere Exponenten in die Umsetzung der Motion eingebunden und in die Prozesse involviert werden. Die Auswertung der Studie und die Erarbeitung einer Botschaft oder eines Antrags muss zwingend in Zusammenarbeit mit den Motionären und dem Gemeinderat geschehen.

Abschliessend ist uns wichtig, dass die vorgeschlagene Einbahnlösung seriös und offen geprüft wird. Die Fakten sollen ohne Vorverurteilung erarbeitet und dann ausgewertet werden. Sollte sich herausstellen, dass eine Einbahnlösung gravierende Nachteile mit sich bringt, die stärker gewichtet werden müssen als die Vorteile, werden wir nicht auf einer Umsetzung beharren. Wir bitten Sie, die Motion für erheblich zu erklären und der Einbahnlösung eine faire Chance einzuräumen. Wir haben schon viel Geld in Papiertiger investiert, diesmal lohnt sich die Investition, weil die Verkehrsproblematik unserer Bevölkerung auf dem Magen liegt und schnell umsetzbare Lösungen gefragt sind. Unsere Fraktion stimmt einstimmig für Eintreten und ich empfehle Ihnen herzlich, Ihre Stimme ebenfalls dafür zu geben.

Gemeinderat Ralph Hobor, Referent der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO: Der motorisierte Frauenfelder Verkehr bewegt sich – mal schnell, mal langsam. Eine Lösung für das fast schon sagenumwobene Frauenfelder Verkehrsproblem wurde auch mit vielen Anstrengungen und Diskussionen bis heute noch nicht gefunden oder vom Souverän nicht gutgeheissen. Die Kollegen Geiges, Hodel und Elliker fordern nun mit ihrer Motion die Prüfung eines Einbahnverkehrs durch die Innenstadt, wie dies in ähnlicher Form auch schon in früheren Jahren zur Debatte stand. In der Beantwortung des Stadtrats wird deutlich, dass bis anhin noch keine genaue Prüfung eines möglichen Einbahnverkehrs stattgefunden hat. Weiter wird auf die geänderte Ausgangslage hingewiesen, bei welcher in den nächsten Jahren eine Umsetzung einer weiträumigen Stadtentlastung nicht erfolgen wird. Der Stadtrat zeigt sich nun jedoch gewillt, den Vorschlag der Motionäre genauer zu prüfen und dafür auch Kosten in Kauf zu nehmen.

Unsere Fraktion hat sich intensiv mit der Motion auseinandergesetzt und begrüsst sowohl die Motion wie auch die Beantwortung dieser durch den Stadtrat. Es wird Zeit, sich von Ideen und Träumereien von millionenschweren Tunnels zu lösen und zeitnah eine Entlastung der Innenstadt aufzugleisen. Wenn sich dadurch die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer erhöht, die Staus weniger werden und die Lebensqualität steigt, machen wir einen Schritt in die richtige Richtung. Ob dies mit dem Einbahnkonzept der Motionäre so sein wird, oder ob wir mit dem mehr oder weniger grossen Stau in Frauenfeld leben müssen und können, wie es andere Städte auch tun, wissen wir noch nicht. Wir sind uns jedoch einig, dass das Konzept eine genaue Prüfung verdient, und erhoffen uns dadurch bald mehr Klarheit in den Wirren einer möglichen Frauenfelder Verkehrsführung der Zukunft. Wir sind gewillt, die Motion, wie es der Stadtrat wünscht, für erheblich zu erklären und schauen gespannt dem Herbst 2015 entgegen, wo uns die Resultate präsentiert werden.

Gemeinderat Heinrich Christ, Referent der Fraktion CH/Grüne/GLP: Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Tunnel helfen uns nicht mehr weiter. Was wir zur Verbesserung der Verkehrssituation brauchen, ist:

1. Eine Optimierung des Modalsplits – oder ausgedeutet: mehr Fuss-/Veloverkehr und mehr öffentlicher Verkehr, vielleicht etwas weniger Autoverkehr oder motorisierter Individualverkehr.
2. Wir brauchen eine kluge Nutzung unseres Strassenraums. Hier besteht noch ein Optimierungspotenzial. Man denke an gezielte Entschleunigungen oder eine ästhetischere und menschenfreundlichere Gestaltung des Strassenraums.

Dazu gehört auch eine weitere Möglichkeit, nämlich die Möglichkeit, Einbahnsysteme auszuscheiden oder aufzubauen. Einbahnsysteme bringen wie in der Motionsbegründung dargelegt, verschiedene Vorteile, mehr Sicherheit, bessere Querbarkeit, mehr Platz für den Langsamverkehr und einiges mehr. Aber sie bringen auch Nachteile: Umwegfahrten, eventuell überhöhte Geschwindigkeiten u.a. Und Einbahnlösungen für sich allein tragen noch nicht zu einer Verbesserung des anfangs genannten Modalsplits bei. Trotzdem sind wir der Meinung, es gilt, die Vorteile und Möglichkeiten des Einbahnverkehrs für Frauenfeld sorgfältig zu prüfen. Eine Mehrheit unserer Fraktion ist dafür, die Motion für erheblich zu erklären. Wichtig ist uns, und wir fordern, dass nicht nur der Vorschlag der Motionäre geprüft wird, sondern ebenfalls weitere denkbare Varianten. Kollege Geiges hat das Problem des Tempos schon erwähnt, wichtig ist auch, dass flankierende Massnahmen mitgeprüft und mitbedacht werden, damit das Ganze auch in einem ganzheitlichen Sinn funktionieren kann. Noch eine Bemerkung am Rande: Letztlich ist es Sache des Stadtrats, die Verkehrsplanung mit konkreten Vorschlägen voranzubringen. Hoffen wir, der geforderte Bericht beflügelt seine Kreativität und führe zu mehrheitsfähigen Vorlagen zuhanden des Stimmvolks und des Gemeinderats.

Noch eine Zusammenfassung aus der Ecke der Sprücheklopfer: Du stehst in einer verkehrspolitischen Sackgasse- dreh dich mal um, vielleicht schaust du verkehrt herum in eine Einbahnstrasse hinein.

Gemeinderat Andreas Elliker, Referent der Fraktion SVP/FDP/EDU: Unsere Fraktion ist mehrheitlich dafür, diese Motion erheblich zu erklären. Für unsere Fraktion ist es wichtig, dass die Stadt diesen Vorschlag der Einbahnverkehrsführung in der Frauenfelder Innenstadt prüft. So wurde um Weihnachten herum bekannt, dass der Kanton der vorgeschlagenen Variante des Stadtrats nicht positiv gegenübersteht. Wir fühlen uns gegenüber der Frauenfelder Bevölkerung verpflichtet, kurzfristig etwas für den Verkehr zu unternehmen. Uns ist auch bewusst, dass langfristig eine Lösung her muss, die eine starke Verkehrsentslastung mitbringt. Wir sehen dies als allfälligen Zwischenschritt. Am Herzen liegt uns weiter, dass ein Büro für die Prüfung angestellt wird, das schon solche Einbahnkonzepte erfolgreich eingeführt hat. Es gibt genug Orte in der Schweiz, wo dies erfolgreich eingeführt wurde, zum Beispiel Davos oder Solothurn. Ein Vergleich aus meinem beruflichen Umfeld: Und zwar geht es um die Prüfung bei einem Kauf eines Melkroboters. Auf dem weltweiten Markt haben sich zwei Marken etabliert. Also würde ich bei einer dieser beiden Marken einen Melkroboter kaufen und ganz sicher nicht bei einer unerfahrenen Firma. Es gibt Verkehrsplanungsbüros und Verkehrsplanungsbüros. Uns geht es nicht nur um die Prüfung der vorliegenden Einbahnvariante, sondern um die Prüfung einer generellen Einbahnvariante durch ein erfahrenes Büro.

Gemeinderat Benjamin Stricker, Referent im eigenen Namen: Weshalb Einbahnsysteme in Frauenfeld keinen Sinn machen: Vor allem darauf gibt die stadträtliche Beantwortung dieser Motion meines Erachtens Auskunft. Die Prüfung von Einbahnlösungen wurde 2009 gefordert und erfolgte im Rahmen der Richtplanung mit meines Erachtens klarem Ergebniswert für die

Westvariante: Mehr Umwege, dadurch netto viel mehr Verkehr, das ist der Plan mit den vielen roten dicken Linien, und zentrumsnah eine Mehrbelastung. Mag sein, dass der Verkehr flüssiger läuft, das nehme ich an. Ob Sie es als mehr Lebensqualität empfinden, wenn Sie so viel mehr Umwege machen, das sei dahingestellt. Zu diesen drei Punkten bleiben viele Fragezeichen bestehen, beispielsweise bezüglich Schleichwegen, welche vielleicht zur Freude des dortigen Gewerbes auch durch die Altstadt führen könnten. Noch zu Gemeinderat Hodels Selbstversuch mit Velo und Kindern: Ich persönlich habe nicht so grosse Mühe in der Vorstadt, mit zwei Kindern und Kinderwagen. Das Fazit im Richtplan: untauglich. Einbahnlösungen – da zitiere ich aus dem Richtplan – stellen keine dauerhafte Lösung für die Verkehrsprobleme in der Innenstadt von Frauenfeld dar. Dies gilt, versuchen Sie es selber einmal, mit ein paar gedanklichen Testfahrten auch für den etwas direktiv als Zielvorgabe deklarierten Vorschlag der Motionäre. Immerhin oder zum Glück interpretiert der Stadtrat den Auftrag der Motionäre relativ grosszügig und stellt in Aussicht, im Fall einer Erheblicherklärung primär die im Rahmen der Richtplanung nicht analysierten Punkte abzuklären. Es kommt hinzu, das lehrt uns die Vergangenheit mit Versuchsbetrieben, dass die Frauenfelderinnen und Frauenfelder zwar auf Nachfrage Probleme mit ihrem Verkehr plagen, aber sie laufen dann sturm, wenn seitens der Stadt nur schon Versuche von Massnahmen nur schon in Erwägung gezogen werden. Dies offenbar im Sinn der Maxime: Wir brauchen doch etwas, worüber wir schimpfen können. So erleidet denn ein Lösungsansatz nach dem anderen kläglich Schiffbruch, sei es wegen des Kantons, sei es wegen des Volks oder wegen des Geldes. So komme ich zum Schluss: Einzellösungen, zu denen ich auch die angedachte Einbahnlösung zähle, schaffen es in Frauenfeld also nicht einmal bis zum Versuchsbetrieb, geschweige denn bis zur Realisierung. Ich begrüsse daher vielmehr die Stossrichtung des Stadtrats, sich mit dem für 2015 angesagten Gesamtverkehrskonzept von dieser gescheiterten Strategie zu verabschieden. Die parallele Prüfung eines Einbahnsystems stellt meines Erachtens daher eine Doppelspurigkeit dar. Aufgrund dieser Überlegungen reuen mich ehrlich gesagt die schätzungsweise 100'000 Franken, welche eine ernsthafte Beantwortung der Motion kosten würde, bloss um eine bereits klar für untauglich befundene Idee noch einmal vertieft geprüft zu haben.

Stadtrat Urs Müller: Besten Dank für Ihre Diskussion mit Ihren Voten. Ich möchte ganz kurz noch klarstellen, es ist nicht so, dass wir uns sieben Jahre Zeit gelassen haben für die Motion, dies muss schon korrekt wiedergegeben werden. Es gab bereits eine Motion von Ihnen, diese hat Ihr Rat damals für nicht erheblich erklärt, Sie finden das in der Botschaft.

Dann zum sagemumwobenen Verkehrsproblem von Gemeinderat Hobor – er hat es so genannt. Da möchte ich schon auch nochmals in die Runde werfen, es gibt nicht "das" Verkehrsproblem, sonst hätten wir das wahrscheinlich schon längst gelöst, sondern je nachdem, wen man fragt, oder was derjenige oder diejenige für Prioritäten hat, ist das Verkehrsproblem etwas anderes. Es gibt also nicht das Verkehrsproblem, sondern es sind verschiedene Dinge und die werden auch verschieden gewichtet. Gerne möchte ich noch zwei Dinge zuhanden des Protokolls klar festhalten:

1. Der Stadtrat ging in seiner Beantwortung davon aus, dass der in der Motion vorgeschlagene Verkehrsstrukturplan nur eine Möglichkeit darstellt. Gemeinderat Heinrich Christ hat hier eine Befürchtung angebracht. Auch soll gemäss Motionstext eine Einbahnverkehrsprüfung zwischen Talbachplatz und Lindenspitz im Besonderen aufgezeigt werden. Das heisst, der Stadtrat wird bei Erheblicherklärung diese Variante sicher studieren, aber grundsätzlich sind auch andere Einbahnvariantenkonzepte zur Prüfung vorgesehen. Ich gehe davon aus, dass es sich um einen iterativen Prozess handeln wird, wie es Teile der Motionäre bereits vom Thema Lindenspitz her kennen. Ich kann Ihnen hier zusichern, dass die Motionäre in den Prozess eingebunden werden, wie wir das auch beim Lindenspitz getan haben, muss aber

auch klar festhalten, "Lindenspitz" war ein fachlich/sachlicher Bericht, und der kam schon zum jetzigen Ergebnis, und nicht die politische Wertung. Ich möchte einfach sagen, man muss auch die Realitäten des Fachberichts – und hier wird es auch ein Fachbericht sein und die politische Wertung danach – anerkennen, sonst macht es wenig Sinn. Die politische Wertung ist dann eine andere – oder kann eine andere sein – das ist klar.

2. Da möchte ich gleich anschliessen: Wir werden die Motionäre einbinden, aber ich möchte auch klar festhalten, es wurde hier auch gesagt, dass Ihr Rat nicht ein Verkehrskonzept beschliessen kann. Dies ist Sache des Stadtrats. Sie können einen Bericht verlangen, wie es mit dieser Motion auch gemacht wird. Heute geht es darum: Sie müssen entscheiden, ob es Ihnen die Kosten wert sind, diese Abklärungen vorzunehmen. Bei den Abklärungen Lindenspitz waren es rund 60'000 Franken. Wir haben das in der Botschaft offengelegt. Hier bei diesem umfassenderen Thema, das ganze Stadtgebiet betreffend, dürfte die Arbeit noch komplexer sein. Wir haben das bereits bei den Varianten, die wir im Richtplan studiert haben, gesehen. Wenn da nur ein Teil geändert wird, hat das wieder ganz andere Folgen. Und es könnte auch länger dauern als die von der Motion geforderten sechs Monate. Wir haben das ebenfalls in der Botschaft dargelegt und gehen bei Erheblicherklärung heute von etwa Herbst 2015 aus. Auch festhalten möchte ich, das Ergebnis wird wie gefordert ein Bericht, also eine Planung und noch keine Umsetzung sein. Ich möchte das hier nochmals in aller Deutlichkeit sagen.

Wenn die Motionäre bemängeln, ihnen seien die Ergebnisse der Untersuchungen im Rahmen des Verkehrsrichtplans nicht bekannt, es wurde heute noch deutlicher gesagt, so möchte ich doch die Gelegenheit nutzen und nochmals auf den öffentlich zugänglichen Verkehrsrichtplan hinweisen, insbesondere die Erläuterungen. Wir haben Ihnen den Link dazu in der Beantwortung der Motion angegeben. Dort finden Sie die Zusammenfassung der Untersuchungen zum Thema Einbahn auf Seite 47. Ein Satz daraus wurde heute von Gemeinderat Stricker vorgelesen. Da kann ich sagen, es hat sich aber natürlich, Sie wissen das, die Ausgangslage verändert. Als wir den Verkehrsrichtplan erarbeiteten, hatten wir noch nicht das Nein betreffend Finanzierung für die Entlastungsvariante. Wir haben also eine geänderte Ausgangslage.

Weitere vorliegende Details, die dort nicht erwähnt sind, werden wir sicher für die Ausgangslage einer Prüfung mit einbeziehen. Somit komme ich zum Schluss: An guten Ideen und an gutem Willen im Stadtrat mangelt es nicht, das kann ich Ihnen versichern, aber auch das wurde heute erwähnt, nur schon der geplante einjährige Versuchsbetrieb einer Einbahnlösung in der Vorstadt zeigt, wie schwierig es heutzutage ist, eine Umsetzung auf den Boden zu bringen. Ich warne da vor zu grosser Euphorie, dass wir da sehr schnell eine Lösung haben. Aber wir sind dran und wir sind dafür da und wir bleiben dran und auch, wie es der Stadtrat vorsieht, werden wir am Mobilitätskonzept in diesem Jahr arbeiten, wie es ebenfalls erwähnt wurde. Damit möchte ich schliessen, das Fazit sehen Sie in der Botschaft.

Abstimmung über den Antrag des Stadtrats im Stadtratsbeschluss auf Seite 7: Aufgrund der Erwägungen ist der Stadtrat bereit, eine Einbahnlösung noch vertiefter als bereits im Richtplan Siedlung und Verkehr abgeklärt, zu untersuchen und beantragt Ihnen deshalb, die Motion für erheblich zu erklären.

Abstimmung:

Der Antrag des Stadtrats wird mit 33 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

BOTSCHAFT REDAKTIONELLE ANPASSUNGEN DES GESCHÄFTSREGLEMENTS FÜR DEN GEMEINDERAT INFOLGE ANPASSUNG DER BEHÖRDEN- UND VERWALTUNGSORGANISATION PER 1. JANUAR 2015

Der Ratspräsident: Es steht uns die Botschaft der GPK Finanzen und Administration vom 5. Dezember 2014 mit den Anträgen auf Seite 3 sowie das lachsfarbige Papier vom 13. Januar 2015 zur Verfügung. Zusätzlich steht uns das Protokoll der 32. Sitzung der GPK Finanzen und Administration vom 5. November 2014 zur Verfügung. Nach der Eintretensdebatte folgt die materielle Beratung, in der allenfalls noch allgemeine Bemerkungen, Wünsche und Anträge angebracht werden können. Allfällige Anträge sind mir schriftlich abzugeben. Anschliessend werden wir über die Anträge abstimmen.

Der Rat hat keine Einwände gegen das vorgeschlagene Vorgehen.

Gemeinderat Michael Lerch, Referent der GPK Finanzen und Administration: Wie bekannt ist, beschloss der Stadtrat im letzten Jahr eine Reorganisation der Strukturen bei der Stadtverwaltung. Hauptänderung war, dass aus den Abteilungen neu fünf Departemente gebildet wurden. Die Ämter wurden in diesem Zusammenhang zum Teil anderen Stadträten zugeteilt, um einen möglichst guten Ablauf zwischen den Ämtern zu erreichen. Durch diese Reorganisation ist es auch notwendig, dass die Zuständigkeiten der gemeinderätlichen Geschäftsprüfungskommissionen angepasst werden müssen. In diesem Zusammenhang ist es auch erforderlich, dass die Namen von zwei GPKs geändert werden. Diese Ausgangslage sorgt für das heutige Ratsgeschäft. Sie erhielten anfangs Dezember eine Botschaft, welche die GPK Finanzen und Administration erstellt und verabschiedet hat. Leider hat sich nachträglich herausgestellt, dass sich in dieser Botschaft einige Tipp- und Flüchtigkeitsfehler eingeschlichen haben. Daher liegt Ihnen heute ein lachsfarbenes Papier auf dem Tisch auf, welches Sie anfangs Woche auch bereits per E-Mail erhielten. Das lachsfarbene Papier wurde von der GPK Finanzen und Administration stillschweigend gutgeheissen. Somit bildet dieses Papier zusammen mit der Botschaft die Grundlage für die heutige Beratung. Ich möchte mich namens der GPK für diese Fehler entschuldigen – es wird mir in Zukunft eine Lehre sein. Nun aber zu den Änderungen im Geschäftsreglement für den Gemeinderat.

Die redaktionellen Anpassungen sind in den Artikeln 9 und 10 notwendig.

In Artikel 9 sind die Namen der GPKs aufgeführt. Hier wird die bisherige GPK Bau, Werke, Umwelt neu in GPK Bau, Werke, Anlagen, und die GPK Gesellschaft und Sicherheit wird neu in GPK Gesellschaft und Gesundheit umbenannt.

In Artikel 10 sind die Aufgaben der GPKs beschrieben. Hier sind die Namen der Departemente, welche die jeweiligen GPKs zu überprüfen haben, zugeteilt und auch wieder die Namen der GPKs erwähnt. Die findige Gemeinderätin oder der findige Gemeinderat stellt natürlich fest, dass der Voranschlag bei der Stadtverwaltung jetzt nach HRM2 Budget heisst und somit hätte dieser Begriff jetzt auch gleich angepasst werden können. Darauf haben wir bewusst im Moment verzichtet, da der Begriff Voranschlag auch noch an anderer Stelle im Reglement aufgeführt ist. Zudem ist der Begriff im Zusammenhang mit dem Alterszentrum Park und den Werkbetrieben noch immer in Ordnung. Wie in der Botschaft erwähnt, ist geplant, dass unser Regle-

ment in der kommenden Legislatur insgesamt aktualisiert und zum Teil präzisiert werden soll. Somit kann dannzumal auch noch – sofern gewünscht – ausführlich über die Begriffe Voranschlag oder Budget beraten werden.

Die GPK Finanzen und Administration hat diesen redaktionellen Änderungen einstimmig zugestimmt. Ich hoffe, dass Sie diesem Resultat auch folgen werden. Natürlich untersteht auch diese Änderung dem fakultativen Referendum.

Gemeinderätin Christa Zahnd, Referentin der Fraktion FDP/SVP/EDU: Wir haben in unserer Fraktion die redaktionellen Anpassungen des Geschäftsreglements ausführlich besprochen. Daraus ging hervor, dass das lachsfarbene Papier nachgereicht wurde. Im Hinblick darauf, dass das Reglement in der neuen Legislaturperiode einer Teilrevision unterzogen wird und das lachsfarbene Papier uns rechtzeitig zur Verfügung gestellt wurde, sind wir einstimmig für die redaktionellen Anpassungen.

Gemeinderat Herbert Vetter, Referent der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO: Der Botschaft entsprechend kann ich mich kurz halten. Aufgrund der vom Stadtrat veranlassten Behörden- und Verwaltungsreorganisation muss das Reglement angepasst werden. Mit dieser Reorganisation wurden die Bereiche gebündelt. Es gehört nun zusammen, was zusammengehört. Wir finden das sinnvoll. Diese Anpassung gleicht auch die Belastung einzelner GPKs etwas aus. Wir werden den Anträgen zustimmen.

Abstimmung über Antrag 1 Redaktionelle Anpassung des Geschäftsreglements für den Gemeinderat betreffend Artikel 9 und Artikel 10 und Antrag 2 Anpassung der redaktionellen Änderungen gültig rückwirkend ab 1. Januar 2015, gemäss lachsfarbenem Papier: Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

Der Ratspräsident: Da die Redaktionskommission bereits den Wortlaut gegengelesen hat und einstimmig für diesen Text ist, muss der Text nicht nochmals der Redaktionskommission zugewiesen werden. Somit ist dieses Geschäft abgeschlossen.

Abstimmung über das Behördenreferendum: Das Behördenreferendum wird nicht gewünscht.

Der Ratspräsident: Die Referendumsfrist beträgt 45 Tage und wird dementsprechend publiziert. Die Referendumsfrist für die Stimmberechtigten beginnt am 15. Januar 2015 und endet am 2. März 2015.

194

BOTSCHAFT GEWÄHRUNG EINES NETTOKREDITS VON 1,1 MIO. FRANKEN FÜR DIE NUTZUNG DER ABWÄRME DER KUNSTEISBAHN

Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber: Es stehen uns die Botschaft des Stadtrats Nr. 38 vom 25. November 2014 mit dem Antrag auf Seite 10 und das Protokoll der 11. Sitzung der GPK

Gesellschaft und Sicherheit vom 3. Dezember 2014 zur Verfügung. Nach der Eintretensdebatte erfolgt die materielle Beratung, in der allenfalls auch nochmals allgemeine Bemerkungen, Wünsche und Anträge angebracht werden können. Anschliessend werden wir über den Antrag abstimmen.

Der Rat erhebt keine Einwände gegen das vorgeschlagene Vorgehen.

Eintreten

Gemeinderat Christoph Tschanen, Referent der GPK Gesellschaft und Gesundheit: Die GPK ist einstimmig für Eintreten.

Gemeinderat Stefan Geiges, Referent der Fraktion CVP/EVP: Der Stadtrat unterbreitet uns eine Vorlage für die Nutzung der Abwärme der Kunsteisbahn. Das Ziel dieses Projekts ist es, in Zukunft die Abwärme der Kühlaggregate der Kunsteisbahn nicht mehr in die Umgebung abzugeben, sondern für die Heizung der Kunsteisbahn, für das Heizen der Zivilschutzanlage an der Hummelstrasse und für die Turnfabrik und die Schwinghalle zu brauchen. Der Stadtrat schlägt uns dabei eine Lösung vor, bei welcher das Verbrennen von Erdgas und damit der CO₂-Ausstoss verringert werden. Zu diesem Zweck beantragt uns der Stadtrat die Installation der Grosswärmepumpen. Dies beweist einmal mehr, dass für den Ersatz von Erdgas und Heizöl mehr Strom nötig ist. Ob das unter dem Strich versorgungssicherer und umweltfreundlicher ist als Erdgas, darüber kann man wahrscheinlich diskutieren. Immerhin kommt fast die Hälfte des Importstroms gerade zur Winterzeit aus Deutschland, und da zum Teil aus Kohlekraftwerken. Weitere offene Fragen betreffen die Wahl des auswärtigen Ingenieurbüros und die Kosten für Planung, Bau, Betrieb des künftigen Nahwärmenetzes. Schliesslich fragen wir uns, warum keine weiteren Wärmebezügler einbezogen wurden, wie zum Beispiel das Schulhaus Auen, welches ja jetzt saniert werden muss und wahrscheinlich der grösste Wärmekunde überhaupt gewesen wäre. Die CVP/EVP-Fraktion ist für Eintreten auf diese Vorlage.

Gemeinderat Stefan Leuthold, Referent der Fraktion CH/Grüne/GLP: Eigentlich ist dieser Kredit für 1,45 Mio. Franken, denn schliesslich bezahlt die Bevölkerung ja auch noch die 350'000 Franken, welche dem städtischen Energiefonds für dieses Projekt entnommen werden sollen. Die Fraktion CH/Grüne/GLP anerkennt und honoriert grundsätzlich die Bestrebungen des Stadtrats, den Energierichtplan umzusetzen. Unsere Fraktion hat sich mit der kleinstmöglichen Mehrheit entschieden, der Botschaft zuzustimmen.

Das Eintreten ist unbestritten.

Materielle Beratung

Gemeinderat Christoph Tschanen, Referent der GPK Gesellschaft und Sicherheit: Ich habe die ehrenvolle Aufgabe, zum letzten Mal im Namen der GPK Gesellschaft und Sicherheit das Wort an Sie zu richten. In der Ausgangslage dürfen wir festhalten, dass wir in einer energie-fähigen Zeit leben, in der Nachhaltigkeit, Umweltschutz, CO₂-Minimierung und in diesem Zusammenhang noch viel mehr ein sehr hoher Stellenwert eingeräumt wird. Die technische Ausgangslage ist in der Botschaft festgehalten und ausführlich beschrieben worden. Zusammenfas-

send und grundlegend gilt, dass aktuell nur 20 Prozent der Abwärme der Kunsteisbahn genutzt werden und 80 Prozent über den Kühlturm verpuffen. Mit den Nutzern der neu erstellten Gebäude in der Eishallenregion, die im Baurecht erstellt wurden, sprich Turnfabrik respektive Schwinghalle, wurden verbindliche Verträge über den Bezug von grüner Heizenergie aus der Abwärme der Eishalle unterzeichnet. Die Bezüger haben mit der Unterzeichnung ihrer jeweiligen Verträge den Bezug dieser teureren Energie (siehe Seite 7 der Botschaft) bestätigt. Im Lauf der Zeit sind bereits 320'000 Franken in eine optimalere und nachhaltige Energienutzung investiert worden, wie zum Beispiel in eine Entfeuchtungsanlage, reflektierende Alupanelen und auch eine Konzeptstudie für eine PV-Anlage ist erstellt worden mit dem Resultat, dass die Statik des Dachs nicht für eine solche Anlage geeignet ist. Der Stadtrat, die Anlageverantwortlichen und die GPK sehen das Potenzial der zusätzlichen Abwärmenutzung der Kunsteisbahn. Im Winter würde diese freie Energie via Wärmetauscher genutzt werden und im Sommer käme während gerade mal vier Monaten eine unterstützende und ebenfalls nachhaltige Luft- und Wasserwärmepumpe zum Einsatz. Aufgrund der Witterungseinflüsse auf dem Aussenfeld (Sonne und Wind) und der wärmeren Temperaturen unter dem Hallendach wird auch in sehr kalten Wintern Restenergie bei der Kälteproduktion anfallen. Mit der Umsetzung der Anlage wird aus der effizienten Kombination von Elektrizität und Abwärme ein grosser Wirkungsgrad erzielt (siehe Seite 4 der Botschaft). Betreffend Funktionalität gibt es ähnliche Anlagen, die einwandfrei funktionieren. Ebenfalls konnte die Stadt aus der Zusammenarbeit mit dem Wärmeverbund bereits Erfahrungen bezüglich Energienetz sammeln. Es ist vorgesehen und auch versprochen worden, dass der Unterhalt und der Betrieb der Anlage inhouse gelöst werden, sodass diese wiederkehrenden Kosten auf ein Minimum reduziert werden. Im Lauf der Diskussion haben wir festgestellt, dass die Planungskosten mit rund 20 Prozent der Investition als eher hoch bezeichnet werden. Die Begründung hängt an der Planungskomplexität der Anlage und an der Tatsache, dass nur zwei Anbieter diese Leistungen anbieten können. Wir bitten die Ausführenden, mit Argusaugen diese Leistungen zu prüfen. In Anbetracht der Planungskosten von 263'000 Franken, bezahlt durch einen anständigen Stundensatz von 130 Franken ergibt dies einen Projektierungs- und Planungsaufwand von sage und schreibe über 2'000 Stunden. Somit wäre eine Ausführung nach Aufwand in Betracht zu ziehen. Die Zuschüsse aus dem stadteigenen Energiefonds wurden diskutiert. Das Projektteam ist froh über die Zuschüsse, einzelne Mitglieder der GPK hätten sich auch einen höheren Beitrag oder jährliche Zuschüsse für die Mehrkosten der Energie vorstellen können. Das Gesuch um allfällige Unterstützung durch einen kantonalen Förderbeitrag ist noch hängig (Grössenordnung 50'000 Franken) und würde bei Erhalt das Investitionsvolumen um eben diesen Beitrag senken. Sie sehen, die Botschaft ist in der GPK vertieft geprüft worden und wir haben aufgrund der aktuell vorliegenden Informationen dem Nettokredit von 1,1 Mio. Franken inkl. Mehrwertsteuer einstimmig zugestimmt.

Gemeinderätin Monika Landert, Referentin der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO:

Morgen erfolgt die Übergabe des Energie-Goldaward an die Stadt Frauenfeld. Das ist eine grosse Ehre für die Stadt, aber auch eine Verpflichtung, diesen eingeschlagenen Weg in der Zukunft weiter zu gehen. Da kommt die Botschaft des Stadtrats gerade im richtigen Moment. Die vorgeschlagene Nutzung der Anergiewärme der Kunsteisbahn ist ein weiterer Schritt der Stadt Frauenfeld, Energie wo immer möglich zu nutzen, statt sie zu vergeuden. So gelingt es uns, über ein Rohrleitungsnetz Energie nicht nur der Kunsteisbahn, sondern auch der Turnfabrik, der Schwinghalle und dem Zivilschutzzentrum Hummelstrasse zukommen zu lassen. Unsere Fraktion stand der Botschaft von Anfang an sehr wohlwollend gegenüber. Natürlich haben wir auch über den höheren Energiepreis diskutiert, doch waren wir einstimmig der Meinung, dass die ca. sechs Rappen Mehrkosten zu verkraften sind. Die geforderten 1,1 Mio. Franken sind ein stolzer Preis. Man darf aber nicht vergessen, dass es uns auch etwas kostet, wenn wir die Wärme – heute sind es rund 80 Prozent – einfach verpuffen lassen. Ebenfalls ein Diskussionspunkt war die Höhe

des Beitrags aus dem Energiefonds. Es wurde nicht wirklich klar, warum dem Fonds kein höherer Betrag entnommen werden kann. Immerhin sind wir froh, dass Geld aus dem Fonds einfließt und damit der Endpreis sich auf einem vernünftigen Niveau einpendelt. Bezüglich der Investitionskosten ist es natürlich auffällig, dass für die Honorare der Planer relativ viel Geld veranschlagt wird. Es konnte uns aber von den Verantwortlichen plausibel erklärt werden, dass diese Honorare deshalb relativ hoch sind, weil diese Nutzung der Anergie in ein zuvor bestehendes Wärmesystem eingebaut werden muss und es dafür nur sehr wenige Fachleute gibt. Damit spielt der vielgepriesene Markt und treibt die Kosten in die Höhe. Schliesslich sind wir ganz klar der Meinung, dass dieser Weg der Nutzung möglichst vieler umweltschonender Energiequellen auch in Zukunft unbedingt weitergegangen werden muss. Hier ist der Stadtrat gefordert, weitere innovative Projekte zu entwickeln. Das sind wir auch der Auszeichnung als Energiestadt mit Goldlabel schuldig.

Abschliessend halte ich fest, unsere Fraktion stimmt dem Antrag des Stadtrats einstimmig zu.

Gemeinderat Stefan Geiges, Referent der Fraktion CVP/EVP: Der Stadtrat beruft sich in der aktuellen Vorlage auf den Richtplan der Agglomeration Frauenfeld, welcher letztes Jahr in Kraft gesetzt wurde. Die Machbarkeitsabklärungen der Winterthurer Firma Eta Energietechnik GmbH und die Konzeptüberprüfung der Aargauer Firma Durena AG sind aber deutlich älter und stammen aus dem Jahr 2012. Die erste Potenzialanalyse stammt aus dem Jahr 2007. Die Verknüpfung mit dem aktuellen Energierichtplan ist also erst im Nachhinein passiert. Wir fragen uns allerdings, warum dieser Ingenieurauftrag auswärts vergeben worden ist. Wir sind der Meinung, es gibt auch in Frauenfeld kompetente Energieingenieure, unter anderem Unternehmen mit mehr als einem Dutzend Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Dieses Büro wurde nach unseren Informationen nicht angefragt und wir fragen uns warum. Dieses Vorhaben hat eine Grössenordnung, bei der nach unserer Ansicht eine Einladung an Frauenfelder Pflicht ist.

Zur technischen Seite des Vorhabens: Das Kunsteis in unserer Eissporthalle wird durch Strom erzeugt. Zwischen August und März braucht es dafür heute schon mehr als eine halbe Million Kilowattstunden an Elektrizität. Das ist etwa gleich viel, wie zum Beispiel die Kantonsschule Frauenfeld pro Quartal verbraucht. Der Betrieb der Kunsteisbahn ist aus Sicht des Energiesparens ein ziemlich grosser Luxus. Kunsteis wird mit einer Kältemaschine erzeugt, und Kältemaschinen sind vergleichbar mit einem Kühlschrank. Innen wird es kalt, aussen wird es warm, mit der Kälte macht man Eis und drei Viertel der Abwärme gehen durch zwei Kühltürme in die Umwelt. Es ist also schlau, wenn man diese Abwärme abzweigt und zum Heizen der Turnfabrik, der Schwinghalle, der Zivilschutzanlage und der Eissporthalle braucht. Wir fragen uns aber, warum man sich nur auf diese Wärmebezügler konzentrierte. Immerhin gibt es in der Nachbarschaft noch das Schulhaus Auen, das saniert wird, und es gibt auch noch KMU-Betriebe.

Zurück zur Abwärme: Abwärme entsteht nur, wenn Eis produziert wird. Sie entsteht also nicht im Sommer, wenn kein Eis produziert wird, auch nicht im Winter, wenn es fürs Eislaufen genügend kalt ist. Der Stadtrat schlägt daher verschiedene Stufen der Wärmenutzung vor. Der Grossteil der Abwärme aus der Eigenproduktion wird direkt von der Kältemaschine gefasst und über das Rohrleitungsnetz zu den Bezüglern befördert. Dazu wird sie durch die Grosswärmepumpe mit Strom auf die gewünschte Temperatur angehoben. In der Botschaft und im technischen Bericht wird ausgesagt, dass die Grosswärmepumpe mit 1 kWh 5 kWh Wärme macht. Das ist nach unserer Sicht sehr optimistisch gerechnet. Im Sommer, wenn kein Eis produziert wird und auch keine Abwärme entsteht, will man mit einer Luftwärmepumpe diese Grundwärme erzeugen. Die Luftaufwärmepumpen haben also einen relativ schlechten Wirkungsgrad. Hier sollte

man nochmals über die Bücher, ob der Einsatz bestimmter Erdgasheizungen nicht besser geeignet wäre, die Sommerspitze abzudecken. Damit sind wir bei den Kosten.

Der Stadtrat rechnet Investitionen von 1,45 Mio. Franken, abzüglich Beitrag des Frauenfelder Energiefonds von 350'000 Franken, damit bleiben 1,15 Mio. Franken. Gut die Hälfte davon kosten die Grosswärmepumpe, die Luftaufwärmepumpe und das Wärmenetz. Honorar für Berater, Planer sowie Nebenkosten und Reserve kosten 461'000 Franken. Das sind mehr als 30 Prozent der Gesamtsumme. Das ist sehr viel. Wir hoffen, dass sich der Aufwand noch verringern lässt. Der Stadtrat schreibt, in Zukunft sollen die Wärmekosten 18 Rappen pro kWh kosten, nach Erfahrungen an anderen Orten werden es eher gegen 20 Rappen sein. Auch hier muss man zur Kenntnis nehmen, dass das fast eine Verdopplung des Wärmepreises ist im Vergleich mit einer Erdgasheizung. Begründet werden diese Kosten mit dem Vermeiden von 220 Tonnen CO₂ pro Jahr, wenn man Erdgas durch Strom ersetzt. Im Vergleich ist das gleich viel CO₂, wie 10'000 PWs in Frauenfeld in fünf Tagen ausstossen. Ein gutes Resultat und ein Anfang.

Die Fraktion CVP/EVP stimmt diesem Geschäft zu. Wir erwarten aber, dass die Frage der Zweckmässigkeit der Luftaufwärmepumpe nochmals genau angeschaut wird und die Entscheidung für die elektrische Wärmeerzeugung aus Umweltgründen intelligent ist. Wir verweisen aber auch darauf, dass der Stromverbrauch für die Kunsteisbahn von heute 650'000 kWh auf ca. 950'000 kWh steigen wird. Auch unsere Freizeit braucht Strom. Für künftige Projekte erwarten wir, dass einheimische Ingenieurbüros eingeladen werden. Es muss nicht alles in Zürich passieren.

Gemeinderat Stefan Leuthold, Referent der Fraktion CH/Grüne/GLP: Unsere Fraktion anerkennt und honoriert grundsätzlich die Bestrebungen des Stadtrats, den Energierichtplan umzusetzen. Die vorliegende stadträtliche Botschaft wurde in unserer Fraktion intensiv diskutiert. Goethes Faust würde seufzend sagen: „Zwei Seelen wohnen ach in meiner Brust.“ Ich möchte zunächst die positiven Argumente aus unserer Fraktion zum Projekt vorbringen, welche sich leider jedoch mit den negativen beinahe die Waage halten.

Der Betrieb der Kunsteisbahn Frauenfeld erzeugt Abwärme, welche bisher zu 80 Prozent in die Umgebung verpufft. Das geplante Anergienetz soll diese Abwärme nutzen, mittels Wärmepumpe verbinden und die Wärmeversorgung der Kunsteisbahn, Zivilschutzbasis sowie der Turnfabrik mit der Schwinghalle sicherstellen. Gemäss den Berechnungen der beigezogenen Planer können mit diesem Wärmeverbund jährlich rund 1'000 Megawattstunden eingespart werden. Da die Abwärme in den Sommermonaten fehlt, wird sie mit Luftwärmepumpen kompensiert. In den Wintermonaten werden allfällige Schwankungen durch die bestehende Gasheizung ausgeglichen. Die in das Verbundsystem integrierte Wärmepumpen können mit einer hohen Effizienz betrieben werden, dies spricht für eine gut durchdachte Planung. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht produziert die Anlage sehr teure Energie und kann mit den aktuell tiefen Preisen für Erdgas nicht mithalten. Betrachtet man jedoch den ökologischen Aspekt durch die Vermeidung der CO₂-Emissionen, fällt die Bilanz tendenziell positiv aus. Somit ist ein gewisser ökologischer Aufpreis gerechtfertigt, zumal er von den Teilnehmern des Wärmeverbunds auch vertraglich vereinbart und somit abgesichert wäre. Eine Klammerbemerkung: Die Wirtschaftlichkeitsberechnung in der stadträtlichen Botschaft ist nur bedingt aussagekräftig, denn der Gaspreis unterliegt hohen politisch bedingten Schwankungen. Soweit die positive Würdigung der Vorlage.

Erlauben Sie mir nun, einen Schritt zurückzutreten und das Projekt aus kritischer Distanz zu betrachten. Es geht hier ja nicht um eine bisher unentdeckte unterirdische Thermalquelle oder um die ungenutzte Wasserkraft eines Flusses, sondern um die Abwärme einer energiefressenden,

nur saisonal betriebenen Freizeitanlage. Diese Anlage besteht nun als zu verwertendes Abfallprodukt zur Verfügung. Um Eishockey zu spielen, um Schlittschuh zu laufen, musste man früher warten, bis Weiher oder Seen zufroren. Die Kunsteisbahn Frauenfeld macht es möglich, bei hochsommerlichen Temperaturen von August bis Frühlingsbeginn im März künstliches Eis herzustellen. Eine Verkürzung der Eissaison, zum Beispiel von den Herbstferien bis Ostern, wäre aus unserer Sicht sinnvoll und würde eine weitere massive Reduktion von CO₂-Emissionen bedeuten. Nur die Sache hat einen Haken: Das ist die Crux an der Sache, dass da im geplanten Wärmeverbund noch grössere Lücken entstünden, als jetzt schon wegen des saisonalen Betriebs vorhanden sind. Hier beisst sich die Katze quasi in den eigenen Schwanz. Noch etwas zum Thema Wärmepumpen: Die Wärmepumpen, die in dem Projekt vorgesehen sind, funktionieren im Prinzip wie ein umgekehrter Kühlschrank. Sie verwandeln ein kühles Medium mithilfe von Elektrizität in warme bis heisse Temperaturen. Die für das geplante Energienetz benötigten Wärmepumpen werden die vorhandene Abwärme veredeln, also auf Gebrauchstemperatur hochpumpen und benötigen dafür auch Energie und das nicht zu knapp. Je nach Vorlauftemperatur beträgt der Anteil Strom 20 bis 35 Prozent. Ein ökologischer Vorteil entsteht nur dann, wenn dieser Strom aus erneuerbarer Quelle stammt. Eine mit fossiler Energie betriebene Wärmepumpe ist ein ökologischer Blödsinn. In der stadträtlichen Vorlage vermissen wir des Weiteren folgende zwei Aspekte:

1. In den Sommermonaten wäre eine thermische Solaranlage effizienter und ökologischer als eine Luftwärmepumpe. Offenbar ist das bei der Eishalle aus statischen Gründen nicht geeignet. Das Dach der Turnfabrik wäre genügend gross und könnte die Wärme in den geplanten Energiespeicher beim Zivilschutzzentrum einspeisen. Weshalb wurde diese Option nicht abgeklärt?
2. Nach uns vorliegenden Informationen wird in der benachbarten Liegenschaft der Firma Baumer Elektrik ebenfalls Abwärme produziert, welche in das Energienetz eingespeist werden könnte. Zudem könnte die Neubauliegenschaft Baumer Elektrik als Teilnehmerin vom Netzverbund auch Wärme abnehmen. Wurden diese Optionen geprüft?

Die Vereinigung Energie Schweiz hat gemeinsam mit dem Bundesamt für Energie ein Grundlagenpapier für den energieeffizienten Betrieb von Eisbahnen erstellt. Darin sind verschiedene Massnahmen enthalten, eine der kostengünstigsten und wirksamsten ist eine verbesserte Ausbildung des Eismeisters, da dieser einen erheblichen Einfluss auf den Energieverbrauch der Eisanlage hat. Wir hoffen, dass dieser Bericht den zuständigen Personen ebenfalls bekannt ist. Ich kann ihn sonst gern nachreichen.

Nach zähem Ringen hat sich die Fraktion CH/Grüne/GLP mit der kleinstmöglichen Mehrheit entschieden, der stadträtlichen Botschaft Nr. 38 zuzustimmen.

Gemeinderat Christoph Keller, Referent der Fraktion FDP/SVP/EDU: Ganz vorweg: Unsere Fraktion stimmt der Vorlage zwar nicht einstimmig, aber dennoch sehr grossmehrheitlich zu. Die Ausführungen in der verständlich formulierten Botschaft waren überzeugend. Es scheint uns zeitgemäss und nachhaltig, wenn bei einer solchen Anlage versucht wird, die erwähnten unglaublich grossen Energieverluste zu verändern. Wer die Anlage kennt und einmal vor Ort die Dampfsäulen der Kälteaggregate gesehen hat, kann bei dieser Vorlage eigentlich nur ja stimmen. Es scheint uns auch eine logische Folge der bisher getätigten Energieoptimierungsinvestitionen der letzten Jahre, unter anderem mehr als 220'000 Franken zu sein, dass der 80%ige Energieverlust mit der geplanten Anlage geringer werden soll. Kritische Voten gab es zur Wirtschaftlichkeit. Die mittels der geplanten Anlage so gewonnene Energie wird extrem verteuert. Es

darf zu Recht die Frage gestellt werden, ob man mit eigenem Geld und im privaten Rahmen auch ein ähnliches Vorgehen wählen würde. Zu reden gab auch die Frage nach dem Unterhalt. Gemäss stadträtlicher Botschaft sollen die Wartungs- und Unterhaltsarbeiten vom eigenen Personal der Anlagen erledigt werden können. Es bestehe keine Gefahr von überhöhten Contractingverträgen, bei welchen bekanntlich für das lokale Gewerbe jeweils keine Aufträge übrigbleiben. Auch die Frage nach der verhältnismässig langen und teuren Planungsphase konnte geklärt werden. So kam während der Planungsphase der Bau der Turnfabrik und der Schwinghalle dazu, was das Projekt verlängerte, den Nutzen aber auch ungleich vergrösserte. Weiter sind die auf solche Anlagen spezialisierten Ingenieure an einer Hand abzuzählen, was sich ebenfalls auf den Preis der Planung niederschlägt. Als weiterer kritischer Punkt wurde das Sommereis erwähnt, das vier Wochen vor dem offiziellen Saisonbeginn im Herbst produziert wird und sich natürlich mit der Energieoptimierungsmassnahme beisst. Diese Bedenken wurden aber auch entkräftet, ist doch bezüglich Sommereis sicherlich kein Ausbau absehbar und die entstehenden Mehrkosten werden jeweils den Nutzern voll berechnet. Der Steuerzahlen wird hier nicht zur Kasse gebeten. Ein weiteres Argument für das geplante Projekt ist die kleinere Abhängigkeit von den Energiepreisschwankungen. Je weniger Energie eingekauft werden muss, desto weniger treffen einen die negativen, allerdings auch die positiven Folgen der Launen des Markts. Bei den momentan sehr günstigen Energiepreisen war das bestimmt nicht unser Hauptanliegen. Eine längere Debatte wurde zur geplanten Entnahme aus dem Energiefonds geführt. Nach eingehender Diskussion war eine sehr deutliche Mehrheit unserer Fraktion klar der Meinung, dass der Betrag von 350'000 Franken definitiv zu klein ist. Aus diesem Grund wird unsere Fraktion im Lauf der Debatte noch einen Antrag auf eine Erhöhung der Entnahme aus dem Energiefonds stellen. Abschliessend möchte ich nochmals betonen, dass unsere Fraktion das Projekt für sehr tauglich und nachhaltig erachtet und deshalb trotz der fehlenden Wirtschaftlichkeit das Ja zur Vorlage beschlossen hat.

Gemeinderat Benjamin Stricker: Ergänzend zum Fraktionssprecher Stefan Leuthold möchte ich Ihnen darlegen, weshalb unsere Fraktion sich der Stimme enthalten oder allenfalls die Vorlage ablehnen wird. Generell begrüssen wir die gute Absicht des Stadtrats. Wir vermissen aber entsprechend entschlossenes Handeln in der Planung und Realisierung von sinnvollen Projekten zur Förderung erneuerbarer Energien und der Steigerung der Energieeffizienz. Beim vorliegenden Projekt bleiben unseres Erachtens zahlreiche Fragen offen.

1. Wie schon angetönt: Die Firma Baumer Elektrik befindet sich unmittelbar neben dem geplanten Netz, hat unseres Wissens erstens nachweislich Bedarf nach Wärme im Winter, wenn also sowieso ein Wärmeüberschuss bestünde, hat zweitens Prozess- und Rahmenwärme abzugeben im Sommer, nämlich dann, wenn die Eisbahn zu ist, und hätte drittens Interesse an einer Einbindung an den Nahwärmeverbund. Unsere Frage: Weshalb fehlt dieser offenbar bestens passende Lieferant und Abnehmer zu den richtigen Zeitpunkten in diesem geplanten Netz und wurde nicht gefragt?
2. Wurde der Bau einer thermischen Anlage in Erwägung gezogen als Ersatz für diese Luftwärmepumpen? Wenn nein, weshalb nicht? Wenn ja, was sind die Gründe, dass darauf verzichtet wurde?
3. Energieoptimierung Eisbahn: Letztendlich hüllt man mit diesem Projekt Anergienetz ein grünes Mäntelchen um einen energetischen Sündenpfuhl, um es ein bisschen pathetisch zu sagen. Die Produktion von Abwärme und deren anschliessende Veredelung ist an sich ineffizient und wie wir gesehen haben auch eher teuer. Wurde deshalb konsequenterweise vor Beginn der Planung des Anergienetzes das Energiesparpotenzial der Eishalle ermittelt, zum

Beispiel anhand des erwähnten Leitfadens? Dies natürlich auf die Gefahr hin, dass das Anergienetz obsolet hätte werden können, was natürlich wiederum Geld für ökologisch und ökonomisch allenfalls sinnvollere Projekte hätte frei werden lassen. Wir hören das ja immer wieder vor allem von den Grünen und Grünliberalen, der Ruf nach Photovoltaik zum Beispiel.

4. Zeitliche Optimierung: Die Turnfabrik erlebt derzeit den dritten Winter, in dem sie auf Kosten des Steuerzahlers mit einem teuren CO₂-lastigen Provisorium beheizt wird. Weshalb dauerte die Planung dieses Anergienetzes so lange und erweckt unseres Erachtens dennoch den Eindruck, alles andere als vollständig erfolgt zu sein?
5. Ökonomische Optimierung: Im Fall einer Realisierung dieses Projekts werden jährlich geschätzte 220 Tonnen CO₂ eingespart. Diese eingesparten Emissionen können grundsätzlich an einen Zertifikatshändler verkauft werden. Ich habe das abgeklärt, das wäre möglich, was pro Tonne mit schätzungsweise 50 Franken entschädigt würde, was wiederum Einnahmen von ungefähr 100'000 Franken in zehn Jahren entsprechen würde. Die Stadt hatte also die Wahl, ein gutes Gewissen und das Geld zu haben. Wurde diese Option, welche die an die Vereine abgegebene Wärme verbilligen könnte, geprüft?

Unser Gesamteindruck: Eine an sich sinnvolle, wenn auch sehr teure Sache, welche unseres Erachtens leider nicht entschlossen genug geplant und auch nicht ganz konsequent zu Ende gedacht wurde. Einige unserer Fraktion enthalten sich deshalb der Stimme und erwarten vom Stadtrat:

1. Im Fall einer Annahme des Geschäfts die Klärung der eben gestellten offenen Fragen und natürlich entsprechende Nachbesserungen, welche natürlich Kostenfolgen haben könnten. Das will ich nicht in Abrede stellen.
2. Im Fall einer Ablehnung des Geschäfts eine rigorose Energieoptimierung der Eisbahn, basierend zum Beispiel auf diesem Leitfaden und somit künftig bitte ausgereifte und schneller geplante Projekte im Bereich erneuerbarer Energien und Energieeffizienz, damit uns die Dilemmata über diesem Geschäft inskünftig erspart bleiben.

Gemeinderat Robert Zahnd: Ich stelle folgenden Antrag: Der Beitrag aus dem Energiefonds ist auf 500'000 Franken zu erhöhen. Der Nettokredit ist dementsprechend auf 950'000 Franken zu senken. Das Volk hat den Energiefonds gesprochen, um gute Projekte zu unterstützen, und nicht, um Geld zu parkieren oder zinslose Darlehen zu sprechen. Ich will damit aber nicht das fakultative Referendum umgehen. Wir können einen Beschluss auch freiwillig dem fakultativen Referendum unterstellen.

Gemeinderat Peter Hausammann: Wir können über diesen Antrag nicht abstimmen, weil wir nicht zuständig sind, um über die Verwendung der Mittel aus dem Energiefonds zu beschliessen. Das geht nicht. Unser Rat hat ein Reglement zu diesem Energiefonds beschlossen und verabschiedet, dieses Reglement unterstand dem fakultativen Referendum. Dort steht in Art. 3, Abs. 1, dass die Zuständigkeit der Kompetenz über die Verwendung der Mittel beim Stadtrat liegt. *(Korrektur gemäss Protokoll vom 18. Februar 2015: [...] dass die Zuständigkeit, die Kompetenz über die Verwendung der Mittel beim Stadtrat liegt.)*

Das können wir nicht einfach so im Zusammenhang mit einem Kreditbeschluss abändern. Das geht nicht. Wir können den Nettokredit auf 950'000 Franken heruntersetzen, das geht, aber

über die Mittelverwendung können wir nicht beschliessen. Wir haben dort ein Verfahren, wir haben eine Fachkommission, das können wir jetzt nicht einfach übergehen. Das geht nicht.

Gemeinderat Robert Zahnd: Ich bin nicht Jurist, aber wenn dem so ist, verändere ich meinen Antrag, dass der Nettokredit auf 950'000 Franken gekürzt wird, und empfehle dem Stadtrat, aus dem Energiefonds 500'000 Franken zu entnehmen.

Gemeinderat Stefan Zahn, Referent im eigenen Namen: Grundsätzlich habe ich zur vorgelegten Botschaft in Bezug auf die Ökobilanz und deren Nachhaltigkeit dieses Projekts Verständnis. Jedoch sollte das Energieprojekt auch kritisch hinterfragt werden. Meiner Meinung nach könnte das massivst unwirtschaftliche Projekt kostengünstiger durch externe und autonome Energiekonzepte ebenso ökologisch, nachhaltig und im Minergiestandard ausgestattet werden. Es wäre sinnvoller, mit der Anergie die alten, unisolierten Gebäude mit Energie zu speisen. Mit den unisolierten Gebäuden denke ich an die Tennishalle und vor allem an das ältere Garderobengebäude, in welchem das Vereinsrestaurant integriert ist. Mit einer Wärmedämmung könnte der Umwelt zuliebe gegenüber diesem Projekt ein Mehrfaches an CO₂-Ausstoss reduziert werden. Ich bin mir im Klaren, dass der Gemeinderat diese Botschaft annehmen wird und gerade deshalb habe ich an den Stadtrat noch folgende vertiefte Verständigungsfragen, welche aus der Botschaft nicht ersichtlich sind und erwarte deren Beantwortung und vor allem ein klares Bekenntnis für die Zukunft dieses allfälligen Projekts.

1. Keine Beschneidung des Frauenfelder Gewerbes analog der Wärme Frauenfeld AG, bei welchem unsere Gewerbetreibenden wie zum Beispiel Heizungs-, Sanitär- und Elektroinstallateure mehrheitlich ausgedient haben, weil der Unterhalt durch das Contracting überregionaler Betreiber mit hohen Margen betrieben wird. Ich will sicher sein, dass der Unterhalt durch das stadteneigene Personal betrieben und gewartet werden kann und wenn nötig auf das Frauenfelder Gewerbe zurückgegriffen wird. Gerne hätte ich vom Stadtrat gewusst, wie er sich zu den Betriebs- und Unterhaltsarbeiten bekennt.
2. Auf der Seite 7 der Botschaft haben die beratenden Ingenieurbüros gemäss den Vorgaben des vorgeschlagenen Energiekonzepts für die Turnfabrik und die Schwinghalle Wärmege-
stehungsvollkosten von 18 Rappen pro Kilowatt berechnet. In welchem Vertrag und zu welchem effektiven Preis ist dieser höhere, indexkorrigierte Energiekostenverkaufspreis schriftlich vereinbart? Denn für die Entscheidungsgrundlage dieses Projekts ist die vorgängige Klärung ein Muss, ansonsten habe ich für diese externen Parteien Turnfabrik und Schwinghalle vollstes Verständnis, wenn sie kostengünstigere Investitionskosten ihrer Heizungsanlagen als Vorwand in die ausstehenden Verhandlungen einbringen würden.

Der Bürger darf am Schluss die Zeche der Mehrkosten berappen. Nebst dem effektiven Energieverkaufspreis vermisse ich auch die zukünftigen Unterhaltskosten in der Botschaft, welche als Entscheidungsgrundlage für ein solches investitionsfreudiges Projekt von erheblicher Wichtigkeit wäre, zum Beispiel einen Businessplan, um die Wirtschaftlichkeit ableiten zu können, wäre in Zukunft für kommende Botschaften zu begrüssen. Denn ausser den Angaben der Wärmege-
stehungsvollkosten und den aufgeführten Investitionskosten fehlen mir die weiteren Angaben in der Botschaft, um mir ein detailliertes Bild zur Entscheidungsgrundlage der Wirtschaftlichkeit machen zu können. Denn mit der Annahme dieser Botschaft beeinflussen wir heute schon die Budgets der zukünftigen Jahre. Denn jede Investition löst nun mal Kosten aus, und vor allem bei diesem Projekt, wo die Wirtschaftlichkeit nicht gegeben ist und die approximativen Betriebs- und Unterhaltskosten sowie die detaillierten Abschreibungen nicht einmal beziffert sind. Es sollte sich jeder bewusst sein, wenn er diese Botschaft annimmt, welche Signale wir als Gesamtgemeinde-

rat führungstechnisch gegenüber dem städtischen Personal aussenden. In den Budgetsitzungen wurde über Kosteneinsparungen mit dem Stadtrat debattiert und Kosten gestrichen, und hier werden einfach 1,45 Mio. Franken unwirtschaftlich und im wahrsten Sinn des Wortes verheizt. Besten Dank im Voraus für die Beantwortung meiner Fragen durch den Stadtrat.

Gemeinderat Peter Hausammann: Verzeihen Sie mir, dass ich das Wort zum Antrag der Projektkreditkürzung nochmals ergreife. Ich habe es mir ein bisschen selber zuzuschreiben, weil das, was ich Kollege Zahnd gesagt habe, missverständlich war. Ich wollte ihm nicht sagen, ich bitte ihn, den Antrag zurückzuziehen. Ich dachte, dass er das dann selber macht. Aber nein, er hat schlau reagiert und gesagt, ich kürze ihn. Ich habe es nicht klar gesagt. Man kann einen Kredit für ein Projekt kürzen, natürlich nur dann, wenn man das Projekt entschlackt. Dann müsstest du sagen, wir machen das nicht, wir machen das nicht, wir machen das nicht. Es muss natürlich für das konkrete Projekt reichen. Das ist es. Man kann sagen, das Projekt ist zu teuer, wir müssen billiger planen. Holen wir einen Planer aus Süddeutschland, der arbeitet billiger. Aber man kann nicht kürzen in der Meinung, man macht das Projekt für diese 1,45 Mio. Franken abzüglich diese 350'000 Franken. Es bleiben netto 1,1 Mio. Franken. Da kann man nicht weiter kürzen und ein Betrag bleibt offen, im Hinblick auf zukünftige Beiträge von einer anderen Seite. Das geht nicht. Investitionsbeiträge dürfen nur dann abgezogen werden, wie es korrekt in dieser Botschaft gemacht ist, wenn sie verbindlich zugesichert sind. Das ist ja klar, sonst könnten wir irgendetwas beschliessen und sagen, Stadtrat, schau nachher für die Finanzierung. Das geht nicht. Deshalb die Bitte, diesen Antrag zurückzuziehen. Es geht so nicht. Es wäre übrigens auch nicht schlau. Ich möchte die Schlagzeilen ja dann nicht sehen. Man kann doch nicht sagen, wir kürzen das und nachher wird dann dieser Beitrag nicht gesprochen. Dann haben wir ein Projekt, aber nicht genügend Geld dafür. Inhaltlich wäre das nicht so gut. Investitionsbeiträge, Beiträge von einer anderen Seite, müssen verbindlich zugesichert sein. Wenn nicht, müssen wir über den gesamten noch verbleibenden Nettobetrag abstimmen, und das sind hier diese 1,15 Mio. Franken.

Gemeinderat Robert Zahnd: Ich halte an meinem Antrag fest. Mir bleibt keine andere Möglichkeit, mehr Geld aus dem Energiefonds zu locken. Wer meinen Antrag unterstützt hätte, diese 500'000 Franken aus dem Energiefonds zu entnehmen, der kann auch den Nettokredit von 950'000 Franken unterstützen mit eben der Empfehlung, der Stadtrat soll mehr aus dem Energiefonds nehmen.

Gemeinderat Peter Hausammann: Das ist nicht sauber, das ist ein bisschen Erpressung.

Gemeinderat Marcel Epper: Peter Hausammann und ich sind zwar nicht immer gleicher Meinung, aber in diesem Punkt sind wir gleicher Meinung. Ich bin entschieden der gleichen Ansicht, dass die Kompetenz zur Sprechung der Gelder aus dem Energiefonds beim Stadtrat liegt und dass man nicht einfach in dieser Kreditvorlage sagen kann, wir kürzen den Kredit um diese 150'000 Franken. Bereits aus diesem Grund kann diesem Antrag schlicht und einfach nicht zugestimmt werden, weil nur dann netto abgestimmt werden kann, wenn die Differenz zum Brutobetrag bereits mit verbindlichen Beiträgen abgesichert ist. Wenn das nicht der Fall ist, kann man nicht einfach sagen, wir kürzen den Nettokredit und der Stadtrat soll schauen, wo er bleibt. Das ist politisch nicht korrekt und entspricht nicht den rechtlichen Rahmenbedingungen, in denen wir uns als Gemeinderat meiner Meinung nach zu bewegen haben. Ich bin darüber hinaus auch inhaltlich der Meinung, dass die 350'000 Franken, die aus dem Energiefonds gesprochen werden, genug sind für dieses einzelne Projekt. Darüber hinaus stimme ich sowieso diesem Antrag und dieser Botschaft zu. Ich bitte Sie, den Antrag Zahnd abzulehnen.

Stadtrat Ruedi Huber: Für die gründliche Behandlung und grundsätzlich wohlwollende Aufnahme unseres Projekts zur Verwertung der Abwärme der Kunsteisbahn danke ich Ihnen allen ganz herzlich. Ich denke, es geht mir gleich wie Ihnen allen auch. Auch in meiner Brust hat es zwei Seelen. Und auch bei mir steht manchmal das Portemonnaie im Vordergrund und dann doch wieder auch das langfristige Denken, nicht für mich selbst, aber zugunsten eines guten Umfelds für unsere Nachkommen. Ich denke, erst in zwanzig oder dreissig Jahren sind wir gescheiter und wissen, ob wir richtig entschieden haben.

Stefan Leuthold hat eine Grundsatzfrage gestellt. Braucht es überhaupt so lange Eis? Unser Energieproblem könnte wirklich rasch kostengünstig und ohne viel Denkaufwand gelöst werden, wenn wir konsequent auf alle energiefressenden Freizeitaktivitäten verzichten. Auch ich frage mich manchmal, ob es wirklich Sinn macht, für viel Geld die Energieeffizienz zu erhöhen, wenn wir gleichzeitig für Konsumpaläste, Sport- und Freizeitanlagen, Ferienflüge, Openairs, PC-Spiele, E-Bikes usw. immer mehr Energie verbrauchen. Dank meinem Alter und dank meinen doch bald vier Jahren im Frauenfelder Stadtrat bin ich aber realistisch geworden. Auch mit der besten Begründung kann man uns Menschen, und da zähle ich mich dazu, nichts, an das wir uns gewöhnt haben, wegnehmen – vergleiche Stadtbuss. Insbesondere kann man nichts wegnehmen, wenn es eben auch Spass macht. Und unsere Freizeitanlagen machen Spass und sie helfen dadurch mit, unsere Lebensfreude, aber auch unsere Leistungsbereitschaft und Motivation zu stärken. Das ist halt eben mindestens so wichtig wie die Umwelt. Nehmen Sie sich wieder einmal etwas Zeit, gehen Sie in die Kunsteisbahn und schauen Sie, wie dort trainiert wird, wenn unser Nachwuchs trainiert, wodurch wieder motivierte Leistungsträger für unsere Wirtschaft, aber auch für unsere Gesellschaft heranwachsen. Auch wenn ich nie ein guter Eisläufer gewesen bin und ich auch nur selten an Eishockeymatches gehe, stehe ich aus den obgenannten Gründen voll und ganz hinter unserer Kunsteisbahn und den Vereinen, die diese nutzen. Und ich will, dass unsere Vereine auch eine echte Chance haben, mit den Mannschaften anderer Vereine mithalten. Ich stehe deshalb dafür ein, dass unsere Vereine rechtzeitig vor der Saison auf gutem Eis trainieren können. Aber auch mir ist es klar, dass dadurch dem Eis sehr viel Wärme entzogen werden muss und dass diese Wärme im Moment nicht optimal genutzt wird. Ich sehe es deshalb als meine Pflicht als Energieverbraucher – die Anlagen gehören schlussendlich uns allen – als unsere Pflicht, nach Lösungen zu suchen. Übrigens steigt auch der Druck von kantonaler Seite her, dass wir da Konzepte ausarbeiten. Eine solche, aus meiner Sicht gut durchdachte Lösung, liegt nun vor Ihnen. Sie müssen sich nur noch im richtigen Moment von den Plätzen erheben.

Nun aber noch einige Bemerkungen zu den von Ihnen gemachten Aussagen:

Allgemein bin ich schon ein bisschen erstaunt, aus welcher politischen Ecke am meisten Kritik zu unserem Projekt geäussert wird. Jetzt, wo Sie es in der Hand haben, etwas Konkretes für unsere Umwelt zu tun – es kostet halt ein bisschen – wollen Sie nicht so richtig mitstimmen. Wollen Sie wirklich auch noch in diesem Bereich den Lead den bürgerlichen Parteien überlassen? Machen Sie sich vielleicht noch diese Überlegung.

Gemeinderätin Monika Landert danke ich für die wohlwollende Beurteilung des Projekts. Wir Stadträte sind nicht so verwöhnt mit Blumen, die uns überreicht werden.

Gemeinderat Stefan Geiges, die Problematik mit dem Strommix ist uns natürlich auch bekannt. Formell beziehen wir ja nur noch Wasserstrom, aber auch mir ist klar, was physikalisch durch die Leitungen fliesst. Aber mit diesen Wasserzertifikaten fördern wir wenigstens den Ausbau oder mindestens die Erhaltung der Wasserkraftwerke. Die sind nämlich auch schon ein bisschen be-

droht unter dem heutigen Kostendruck und den günstigen Preisen. Die heutigen Wärmepumpen sind aber sehr effizient und sprechen für eine Umsetzung dieses Projekts.

Auch zum Schulhaus wurden Abklärungen gemacht, diese wurden einbezogen. Es ist richtig, dass die viel Wärme brauchen. Sie können auch nicht so gut isolieren, wie sie das gern tun würden, weil aus denkmalpflegerischen Gründen sehr viele Glasfassaden erhalten werden müssen. Der Wärmebedarf dort ist also auch zukünftig immer noch sehr hoch. Die Kunsteisbahn könnte aber einen Teil dieser Wärme liefern. Unser Anergienetz ist so aufgebaut, dass es anpassbar ist. Wir haben ja auch Anschlussstutzen in Richtung unserer Gebäude und in Richtung unserer Garderoben. Vielleicht kommen wir noch ins Gespräch – wer weiss.

Ingenieurbüro: Im Moment ist die Ausarbeitung durch die Durena, ein ganz spezialisiertes Büro, als Vorprojekt gemacht worden. Wenn Sie dieser Vorlage heute zustimmen, beginnt natürlich die gründliche Arbeit erst und da nehme ich natürlich diese Voten gern auf. Bedingung ist aber auch, dass wir wirklich einheimische Büros haben, die sehr vertraut sind mit dieser Materie. Aber ich traue diesen Büros das eigentlich zu.

Gespräche mit der Firma Baumer sind geführt worden. Die brauchen mal Wärme und geben auch wieder mal Wärme ab, das macht das Ganze komplex. Im ersten Anlauf sind wir dann eben nicht weitergekommen. Im Moment müssen wir auch eine Abgrenzung machen. Sie können Projekte immer grösser werden lassen, aber am Schluss sind sie so kompliziert, dass Sie sie nicht mehr händeln können. Aber auch da: Anergienetze sind relativ einfach anpassbar. Sie sind flexibel. Vielleicht haben wir ja dann einmal in Frauenfeld ein ganzes Wassernetz, das nur für den Wärmeausgleich zuständig ist. Wer weiss, es wird ja nun dann ein Rechenzentrum des Bundes gebaut, das ebenfalls sehr viel Strom braucht. Da haben wir dann auch wieder einen Wärmelieferanten, wo wir auch froh sind, wenn wir die Wärme abnehmen und verwenden können.

Dann kam die Frage wegen dieser Luftwärmepumpe. Es ist so, dass die Lösung für die vier Monate im Sommer günstiger ist als eine solare Anlage. Dies wurde ausgerechnet. Es ist ganz klar, im Winter bei -10 Grad hätte ich auch meine Fragezeichen, wenn man da Luftwärmepumpen einsetzen würde. Aber in den Sommermonaten haben wir ja dort einen guten Grundwert.

Ingenieurkosten: Das habe ich bereits gesagt. Der hohe Anteil resultiert daraus, dass es sehr komplexe Projekte sind. Sie wissen auch, dass es immer teurer ist, in bestehende Anlagen etwas einzubauen, als wenn man neu plant. Aber schauen Sie sich mal die Kunsteisbahn Wil an, dort wird die Wärme der Kunsteisbahn direkt in die Badi verschoben. Es ist spannend, einmal durch diesen Keller zu gehen. Es ist beeindruckend, was dort steht.

Die thermische Solaranlage, das habe ich bereits gesagt, rechnet sich nicht, dies wurde geprüft. Die Turnfabrik ist daran, eine normale Photovoltaikanlage zu prüfen und zu bauen, sofern wir heute ja sagen, dann sagen sie, dann produzieren wir Strom. Dies wird dann zwar nicht direkt zu uns fliessen, hilft aber mit, diese Anlage zu betreiben.

Dann zur Schlussbemerkung zu den Eismeistern: Unsere Eismeister haben eine sehr lange Erfahrung. Die wissen, wie man Eis erzeugt und Energie ist auch bei ihnen ein sehr wichtiges Thema. Sie belegen auch sehr viele solche Kurse. Die Ansprüche an Eis sind sehr unterschiedlich, je nachdem, ob man Eishockey spielen will oder nur öffentlicher Eislauf ist. Sie werden auch unterstützt und sie setzen elektronische Steuerungs- und Optimierungsanlagen ein, damit man da ja nicht zu viel Energie verbraucht. Der Wunsch ist also in diesem Bereich mehr als erfüllt.

Wirtschaftlichkeit: Ich bin der letzte, der gern Geld bezahlt, das wissen Sie. Es ist bekannt, dass ich die Budgets wenn möglich einhalte. Ich spiele auch den Leuten nicht gern etwas vor. Wir haben 150'000 Franken eingestellt für Unvorhergesehenes. Das kann vorkommen, aber wir werden dafür kämpfen, dass wir es nicht brauchen. Dann sieht es auch wieder etwas besser aus und dann ist hoffentlich auch Robert Zahnd wieder zufrieden, denn dann sind wir wieder beim Betrag, den er angestrebt hat, nämlich bei den 950'000 Franken.

Eine höhere Entnahme aus dem Energiefonds haben wir uns auch überlegt. Subventionen machen träge, das sage ich als Landwirtschaftsvertreter. Es darf nicht zu viel sein, sonst sinkt die Innovation. Aber hinter so einem Projekt ohne Energiefonds könnte ich nicht stehen. Da würde ich sagen, das rechnet sich sowieso nicht.

Weitere Energiesparmassnahmen wurden geprüft und zum Teil auch umgesetzt. Wir haben zum Beispiel die Decke wärmedämmend gemacht, damit wir nicht zu viel Wärme haben, die aufs Eis herunterkommt. Wir haben im Moment auch die effizienteste Eisgewinnung, weil wir keinen Sekundärkreislauf haben. Abwärme wird halt einfach produziert, das sind die physikalischen Grenzen, weil wir Wärme aus dem Wasser und dem Eis entziehen müssen, gibt es Wärme, die weggeht. Das Anergienetz ist deshalb nicht obsolet, solange wir die Kunsteisbahn weiter betreiben und das haben wir schon diskutiert. Ich bin der letzte, der irgendeiner alten Anlage ein grünes Mäntelchen anziehen will. Ich bin wirklich für Transparenz, wo sie möglich ist, und wo ich die Freiheit habe, transparent zu sein.

Zeitliche Optimierung: Wir haben wirklich sehr lange gebraucht. Die Planungen sind schon vor meiner Zeit losgegangen. Dann ist 2011 die ALST gekommen, dann ist die Turnfabrik plötzlich gekommen, dann ist die Schwinghalle gekommen und wir haben uns dann irgendwann sagen müssen, das sind Anlagen, die auf städtischem Gebiet stehen und natürlich ist das Provisorium mit diesem Ölofen vor der Turnfabrik kein Ausweis. Aber hätten Sie lieber gehabt, wenn man eine Gasleitung gezogen hätte oder sonst irgendeinen Dreh gemacht hätte? Dann hätten Sie gar keine Freiheit gehabt, und Ziel war es, dass Sie heute frei entscheiden können. Es ist mir auch wichtig, dass ich Ihre Meinung höre. Was an der Aussage aber nicht stimmt, ist, dass der Steuerzahler diese Energie bezahlen muss. Bitte sucht das Gespräch mit uns, damit wir noch berichtigen können, was nicht stimmt. Diese Kosten bezahlen die Vereine Turnfabrik und Schwinghalle.

Ökonomische Optimierung – für so etwas bin ich immer zu haben. Ich finde das auch einen guten Tipp, obwohl ich kein Zertifikatsfan bin, werde ich die Idee mit den Zertifikatshändlern aufnehmen und wir werden versuchen, da den einen oder anderen Franken noch hereinzuholen.

Dass wir keine Photovoltaikanlage auf dem Kunsteisbahndach bauen können, das haben wir selbstverständlich geprüft, das Dach trägt das nicht. Wenn wir einmal die Badi machen müssen, dann machen wir das Dach so, dass wir auch etwas drauf bauen können.

Zum Referat von Robert Zahnd hat Peter Hausammann dem Stadtrat die Arbeit abgenommen. Herzlichen Dank, da ist alles schon gesagt worden.

Stefan Zahn möchte noch einige Dinge von mir hören. Gegen die Aussage, wir hätten keinen Businessplan erstellt, wehre ich mich. Wir haben eine Aussage gemacht, dass das Projekt nicht rentiert. Wir haben aber nicht ins letzte Detail gerechnet, weil das sehr viel mehr Abklärung gebraucht hätte. Ich will kein Geld rauswerfen, bevor ich nicht weiss, dass man etwas machen kann. Und wir haben auch wacklige Grundlagen. Denkt an die schwankenden Energiepreise. Wir wissen, wir haben höhere Heizkosten und wir wissen auch, dass wenn wir den Energiefonds

einsetzen, haben wir dort etwa ein bis zwei Rappen, wo die Kilowattstunde billiger wird. Wenn unsere Wärmebezüger und auch wir von der Stadt bereit sind, für unsere Wärme etwas mehr zu bezahlen, rechnet sich schlussendlich dieses Projekt. Aber wir heizen teuer und wärmen teuer.

Betreffend Frage, ob die Turnfabrik und die Schwinger bereit sind, diesen höheren Preis zu bezahlen: Ob sie es freiwillig wären, weiss ich nicht, aber diese beiden Vereine haben zu sehr günstigen Konditionen die Möglichkeit gehabt, dort Sportanlagen aufzubauen. Vor allem der Verein Turnfabrik hat seine Halle auf unser Fundament, auf unser Dach der ALST gestellt, da sind natürlich entsprechende Verhandlungen gelaufen, dass auch ein Beitrag in diese Richtung geht, etwas teurer zu heizen. Wenn man isolierte Gebäude hat, ist das dann auch wieder tragbar. Es gibt da verbindliche Regelungen.

Und noch zur Angst vor dem Contractor: Wir sind auf eigenem Grund und Boden, wir brauchen keine Contractoren, wir haben Profis, die noch ganz andere Anlagen in der Eisbahn händeln. Ich kann Ihnen versprechen, dass wir nicht einen Contractor subventionieren wollen. Es ist aber manchmal nötig, wenn es komplex wird, wenn man viele verschiedene Nutzer hat. Aber da wollen wir die Sache in den eigenen Händen behalten.

Wärmeversorgung und Isolation Tennishalle: Die Tennishalle steht auf städtischem Boden, gehört aber nicht uns, daher ist sie im Moment einfach so, wie sie ist, nämlich schlecht isoliert. Da können wir gar nichts machen.

Wir Stadträte möchten unserem Nachwuchs nicht nur möglichst gut gefüllte Kassen, sondern auch ein möglichst lebenswertes und motiviertes Umfeld hinterlassen. Darum stehen wir voll und ganz hinter diesem zukunftsweisenden Projekt und darum bitten wir Sie, jetzt Farbe zu bekennen und diesem aus unserer Sicht sehr sinnvollen Projekt zuzustimmen.

Abstimmung über den Antrag Zahnd, den Nettokredit auf 950'000 Franken zu senken, gegen den stadträtlichen Antrag über den Nettokredit in Höhe von 1,15 Mio. Franken:

Antrag Zahnd:	10 Stimmen
Antrag Stadtrat:	23 Stimmen
Enthaltungen:	5 Stimmen

Der Antrag des Stadtrats wird mit 23 Ja-Stimmen angenommen.

Schlussabstimmung: Der Vorlage wird mit 33 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen zugestimmt.

Abstimmung über das Behördenreferendum: Das Behördenreferendum wird nicht gewünscht.

Der Gemeinderatspräsident: Die Referendumsfrist für die Stimmbürger beginnt am 15. Januar 2015 und endet am 2. März 2015.

Somit haben wir die heutige Tagesordnung durchberaten. In den folgenden Sitzungen werde ich jeweils die Anfrage betreffend Wortmeldungen an die Fraktionen mit der Ergänzung „zum Eintreten“ respektive „zur materiellen Beratung“ ergänzen, damit die Ausgangslage klar ist.

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Mittwoch, 18. Februar 2015 um 18 Uhr statt.

Zur Information: Morgen Abend findet um 18 Uhr die Übergabe des Goldlabels an die Energiestadt Frauenfeld in diesem Saal statt. Gäste sind willkommen.

Mein Dank geht an Sie für Ihre disziplinierte und aktive Mitarbeit, an die Stadtgärtnerei für den wiederum sehr schönen Blumenschmuck und Beat Dürger und Team für die Bestuhlung in diesem ehrwürdigen Ratssaal und heute auch einmal der Gemeinderatssekretärin für die gute und angenehme Zusammenarbeit. Herzlichen Dank, Heidi!

Ich erkläre die Gemeinderatssitzung für geschlossen und ich wünsche eine gute Heimkehr.

- - -

Schluss der Sitzung: 20.00 Uhr

* * *